

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886848 pppn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

Klaus Kirschner MdB
verurteilt die Telefon-
verteuerung: Alte, Be-
hinderte und Kranke
besonders betroffen.

Seite 1

Dr. Gerhard Schmid
MdEP teilt die amerika-
nischen Positionen in
der Golfkrise nicht un-
eingeschränkt.

Seite 2

Jochen Welt MdB, Bür-
germeister von Reck-
linghausen, lehnt Bon-
ner Privatisierungs-
pläne bei der Mül-
lentsorgung ab.

Seite 3

46. Jahrgang / 6

9. Januar 1991

Auf dem Rücken der Schwachen

Die Gentlemen bitten alte und behinderte Menschen zur Kasse

Von Klaus Kirschner MdB

Wie immer die Wende-Koalitionäre sich auch winden mögen, die geplante Zusatzabgabe des Post-Unternehmens Telekom an den Bundeshaushalt in Höhe von zwei Milliarden DM jährlich ist unter die Rubrik "Wahlschwinder" einzuordnen. Dies umso mehr, als ursprünglich eine Senkung der Telefongebühren in Höhe von rund 750 Millionen DM versprochen war. Durch die geplante Zusatzabgabe wird Telefonieren verteuert. Dadurch, daß die Kosten für die Gebühreneinheiten angehoben und der Zeittakt verkürzt wird. Insgesamt wird dies zu einer Mehrbelastung der Telefonkunden in Höhe von mindestens zwei Milliarden DM jährlich führen. Stark betroffen werden hierbei vor allem Behinderte und alte Menschen sein, die in besonderer Weise auf das Medium Telefon angewiesen sind. Es ist für viele sogar die wichtigste Kommunikationsmöglichkeit. Es ist skandalös, wenn die Finanzlöcher, die vor der Wahl mit vollem Bewußtsein verleugnet wurden, unter anderem nun auf dem Rücken der Behinderten, Alten und Kranken ausgetragen werden. Der Protest der Behindertenverbände ist verständlich und voll berechtigt.

Es ist die Frage zu stellen, woher nimmt diese Koalition das Recht, älteren Menschen, Behinderten und Kranken zusätzliche Finanzlasten über höhere Telefongebühren aufzubürden, nur um Finanzlöcher zu stopfen, die sie vor der Wahl gelehnet hat. Gleichzeitig besitzen die Koalitionäre die Stirn, Unternehmenssteuersenkungen in Milliardenhöhe für die nächsten Jahre zu beschließen. Es zeigt sich einmal mehr, daß diese Koalition ein Zusammenschluß kalter Wirtschaftsparteien ist, denen die Sorgen und Nöte des sogenannten "kleinen Mannes" völlig fremd sind und die sie völlig unberührt lassen.

(-/9.1.1991/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50,
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermindertem Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Ist das Regime des Scheichs von Kuwait legitim?

Totaler Boykott des Irak könnte Golf-Krieg vermeiden

**Von Dr. Gerhard Schmid MdEP
Mitglied der Delegation EP - US-Kongreß**

In Luxemburg geht heute das Treffen der Delegation des US-Kongreß mit dem Europäischen Parlament zu Ende. Wie nicht anders zu erwarten, stand die Golfkrise im Mittelpunkt der Erörterungen. Wegen dieses Konflikts wurde eigens die Tagesordnung geändert; GATT und andere Sicherheitsfragen wurden vom Punkt 1 der Tagesordnung verdrängt.

Für die EG-Parlamentarier war bemerkenswert, was der Leiter der US-Delegation, der Demokrat Tom Lantias aus Kalifornien, ausführte:

- a) Der Persische Golf ist von vitalem Interesse; die Aggression des Iraks gegen Kuwait darf nicht belohnt werden.
- b) Die Anwendung von Gewalt ist das letzte Mittel; aber sein Einsatz muß möglich sein, wenn die diplomatischen und wirtschaftlichen Instrumente nicht ausreichen - jedoch: "Der 15. Januar ist kein automatischer Trigger".
- c) Die Lasten sind ungleich verteilt: Die USA tragen die Hauptlast: "Verfassungen sind änderbar."
- d) Es geht um vier Ziele:
 1. den kompletten und bedingungslosen Rückzug des Irak aus Kuwait,
 2. die Wiedereinsetzung der legitimen Regierung,
 3. die (inzwischen erfolgte) Freilassung aller Geiseln,
 4. das Unfähigmachen des Iraks für erneute Aggressionen (also entweder die andauernde Stationierung fremder Truppen in der Region oder den Abbau der Fähigkeit des Iraks für die Herstellung biologischer oder chemischer Waffen).

Als Vertreter der SPD habe ich Lantias Ausführungen in zwei Punkten voll unterstützt - nämlich in der Geiselfrage und der Forderung nach dem Rückzug ohne Bedingungen; dagegen habe ich Lantias scharf in vier Aspekten widersprochen:

1. Was ist am Regime der Sabah-Familie in Kuwait legitim? Es ist für Demokraten schwer vorstellbar, daß eine Befreiung von Kuwait zur Wiedereinsetzung der Scheichs und ihrer Diktatur führen soll.
2. Eine stabile Ordnung in der Region kann weder mit Truppenstationierungen noch mit einer Zerstörung irakischer Militärpotentials erreicht werden. Ohne Verhandlungen über alle Konflikte und Probleme der Region wird es keine dauerhafte Stabilität geben. Es ist eine Illusion zu glauben, die irakische Führung allein sei das destabilisierende Element in der Region.
3. Es geht nicht um die Frage, ob Saddam Hussein aus Kuwait gezwungen werden muß. Es ist klar: Freiwillig räumt er nicht. Es geht um die Frage, wie dies am besten zu machen ist:

Die Anwendung eines totalen Boykotts ist Anwendung von Gewalt - ökonomischer Gewalt; seine Durchsetzung mit Kriegsschiffen bedeutet bereits die Anwendung militärischer Gewalt.

Der Boykott läßt sich für alle Waren und Dienstleistungen nicht durchführen, weil es immer Schmuggel geben wird. Aber im Fall Irak gilt: 95 Prozent des Nationalprodukts

hängen vom Öl ab. Ein Boykott von Öl läßt sich zu 100 Prozent kontrollieren, weil der Transport per Tanker erfolgt. Schmuggel gibt es praktisch nicht. Der Boykott greift also deshalb, wenn genug Zeit abgewartet wird. Ein Schießkrieg zur Befreiung Kuwaits ist damit nicht nur überflüssig - er kostet Tausenden von Menschen das Leben und er schadet immens dem gesamten arabischen Raum. Ein Schießkrieg gäbe nur "Sinn", wenn es in Wahrheit nicht um die Eliminierung des Iraks ginge.

4. Eine neue Ordnung der Welt mit einer neuen Rolle der Vereinten Nationen kann nur dann glaubwürdig etabliert werden, wenn
- jede Besetzung fremden Territoriums verurteilt wird,
 - andere UN-Resolutionen des Sicherheitsrats ebenfalls ernst genommen werden.

Bisher fehlen leider die Signale, daß dies tatsächlich so gehandhabt wird.

(-/9.1.1991/hgs/ks)

Abfallpolitische Mogeipackung

Eine kommunale Kritik am neuen Bonner Müllkonzept

**Von Jochen Welt MdB
Bürgermeister der Stadt Recklinghausen**

Unter den Müllwerkern des Bundesgebietes herrscht große Unruhe. Diese Erfahrung machte ich bei Gesprächen mit Vertretern der über 3.000 Müllwerker im Ruhrgebiet. Grund der Sorge ist das neue Bonner Müllkonzept.

Durch die unter anderem vom Bonner Umweltministerium verfügten Rücknahmepflicht von Verpackungsmaterial und einer damit verbundenen privaten Müllentsorgung fürchten die städtischen Müllwerker nun um ihre Arbeitsplätze.

Fest steht schon jetzt: Kommt es zu einer privaten Müllentsorgung von Verpackungsmaterialien, dann werden 20 bis 30 Prozent des Hausmülls demnächst durch private Entsorger eingesammelt und wirtschaftlich verwertet. Die restlichen unrentablen 70 bis 80 Prozent müssen mit hohen Verlusten zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger weiterhin über die kommunalen Müllgebühren entsorgt werden.

Daraus folgt, daß im Umfang von circa 20 bis 30 Prozent die Müllwerker bei den städtischen Müllabfuhrungen beschäftigungslos werden, ohne daß klar ist, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen bei den Privaten neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund entsteht natürlich bei den städtischen Müllwerkern die Befürchtung, daß nun wieder generell über eine Privatisierung von kommunalen Dienstleistungen, speziell über eine Privatisierung der Müllabfuhr, nachgedacht wird.

Und dies, obwohl sich in den vergangenen Jahren klar herausgestellt hat, daß eine generelle Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen mittelfristig zu Leistungseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger und zu massiven Benachteiligungen für die Beschäftigten geführt hat.

Unabhängig von der Aufforderung an den Bundesumweltminister, diese ökologisch unsinnige Verpackungsverordnung mit ihrer Einführung einer privaten Müllentsorgung wieder aufzuheben, und sie durch eine praktikable und soziale Lösung zu ersetzen, ist den Städten und Kreisen zu empfehlen, sich vorsorglich über privatwirtschaftliche Entsorgungsgesellschaften in kommunaler Trägerschaft Gedanken zu machen.

Nur die Beteiligung der öffentlichen Hand bietet sowohl den Beschäftigten, vor allem aber auch den Bürgerinnen und Bürgern die notwendige Sicherheit.

Es muß auch ausgeschlossen werden, daß die profitablen Entsorgungsbereiche durch die freie Wirtschaft übernommen werden, während die kostenträchtige Entsorgung des Restmülls durch den Gebührenzahler zu finanzieren wäre.

Schließlich geht es auch darum, das durch die Bonner Verpackungsverordnung möglich gewordene "Kombinat" von Verpackungsindustrie, Handel und privaten Entsorgern durch eine Beteiligung der Öffentlichen Hand zu verhindern.

Eine solche Verbindung könnte leicht Kartellcharakter annehmen. Preisabsprachen und Erhöhungen wären dann wie bei den großen Benzin-Multis möglich und kaum mehr zu kontrollieren. Dies könnte sich, wie auch ein Streik bei den Entsorgern, verheerend auf das öffentliche Leben auswirken. Der jüngste Lieferboykott der westdeutschen Pharmaindustrie in die neuen Bundesländer hat Macht und Kaltschnäuzigkeit einer privatwirtschaftlichen Interessengruppierung deutlich gemacht.

Außerdem haben die bisherigen Erfahrungen mit privatwirtschaftlichen Entsorgern - ich verweise auf den Hanauer Atommüllskandal, die Falschdeklaration von Chemieabfällen oder auch wildes Kippen - eines gezeigt: eine Entsorgung in staatlicher oder kommunaler Trägerschaft ist allemal sicherer und damit auch billiger. Denn für die verantwortungsvolle Beseitigung von solchen Umweltschäden mußte und muß weiterhin die öffentliche Hand, sprich: der Steuerzahler, aufkommen.

Unabhängig von Durchführungseinzelheiten ist die neue Bonner Verpackungsverordnung der absolut untaugliche Versuch, umweltpolitische Lösungen des Abfallproblems zu erreichen.

Fazit: Für Industrie und Handel besteht durch ein derartiges Konzept keinerlei Grund, weniger Abfall zu produzieren. Denn wenn alle Kosten von Abfall-Produktion bis Entsorgung über die Preise auf die Verbraucher abgewälzt werden, dann verdienen Verpackungsindustrie, Handel und private Müllentsorger ja um so besser, je mehr Müll anfällt.

Die von Bonn vorgelegte Verpackungsverordnung fördert daher nicht die Müllvermeidung, sondern die Müllproduktion. Sie birgt Umweltgefahren, zerstört ein gut funktionierendes Entsorgungssystem und vernichtet darüber hinaus auch noch Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst.

(-/9.1.1991/hgs/ks)
